

Sind 100 000 Franken für Junglehrer zu wenig? In Zürich ist eine Volksabstimmung über solche Löhne nun fast sicher. Die Bürgerlichen wünschen «viel Vergnügen»

SVP, FDP und Mitte haben im Parlament vergeblich gewarnt, dass die verbesserten Anstellungsbedingungen fürs Lehrpersonal viele Gemeinden finanziell überfordere.

Marius Huber 02.03.2026, 16.26 Uhr ⌚ 4 Leseminuten



Zu viel unbezahlte Arbeit? Die linken Parteien und die GLP wollen Lehrerinnen und Lehrern weiter entgegenkommen als die Regierung.

Andrea Zahler / CH Media

Die Warnung der bürgerlichen Parteien war unmissverständlich: Wenn das Parlament jetzt nicht einlenke, werde es im Kanton Zürich eine emotional aufgeladene Diskussion über Lehrerlöhne geben. Und eine

Volksabstimmung darüber, ob fast 100 000 bis 150 000 Franken im Jahr nicht gut genug seien. Das werde der Schule schaden.

Von der Gegenseite tönte es an diesem Montag zurück: Wenn es eine solche «schmutzige» Diskussion über die Löhne gebe, dann nur, weil die bürgerlichen Parlamentsmitglieder eine solche gerade anzettelten. Man lasse sich von solchen Drohungen nicht einschüchtern.

Weil beide Seiten auf ihren Positionen beharrten, wird es in absehbarer Zeit wohl tatsächlich zu einer Volksabstimmung kommen. Und sie wird sich um die Grundsatzfrage drehen, ob das Zürcher Lehrpersonal heute angemessen entschädigt wird. Dazu – so viel ist absehbar – wird fast jeder eine Meinung haben.

Auslöser ist ein Zufallsmehr in einer Abstimmung von Mitte Januar, die die Gemüter in vielen Zürcher Gemeinden in Wallung versetzte. Damals hatte das Kantonsparlament beschlossen, Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten, indem es ihnen für jede Lektion mehr Vorbereitungszeit gewährt als heute. Und den Klassenlehrpersonen zudem deutlich mehr Zeit für Zusatzaufgaben wie Elterngespräche.

Die Rechnung, was dies unter dem Strich bedeutet, ist schnell gemacht: Lehrerinnen und Lehrer werden bei gleichbleibendem Pensum für den bisherigen Lohn weniger Lektionen geben können als heute. Es braucht also mehr Personal. Das kostet viel Geld, einen zweistelligen Millionenbetrag jedes Jahr. Und diese Kosten werden zum Grossteil an den Zürcher Gemeinden hängen bleiben, die 80 Prozent der Löhne bezahlen.

Die bürgerlichen Parteien hätten einen Vorschlag der Kantonsregierung bevorzugt, der weniger weit gegangen wäre und jährliche Kosten von lediglich gut 30 Millionen Franken ausgelöst hätte. Ihnen fehlten aber im Januar in der entscheidenden Abstimmung zwei Stimmen. Deshalb setzte sich die Linke im Verbund mit der GLP und der EVP durch. Und deren Lösung hat ein Preisschild von über 80 Millionen Franken. Davon müssten die Gemeinden 67 Millionen Franken zahlen.

60 Gemeinden wollen die Volksabstimmung erzwingen

An diesem Montag, eineinhalb Monate später, versuchte der FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois (Zürich), den damaligen Entscheid zu kippen. Im Rahmen der Zweitlesung, bei der es in der Regel nur noch um Formalien wie die korrekte Interpunktion einer Vorlage geht, stellte er den Antrag, auf den ursprünglichen Antrag der Regierung zurückzukommen.

Also auf eine Lösung, die die Lehrpersonen entlaste, ohne in den Gemeinden «massive Mehrkosten» auszulösen. Denn diese litten heute schon unter steigenden Schulkosten, sagte Bourgeois. Wenn man ihnen nicht entgegenkomme, würden sie daher das Referendum ergreifen und so eine Volksabstimmung erzwingen.

Es ist ein Szenario, vor dem auch der Bildungsdirektorin Silvia Steiner graut. Als sich Mitte-links im Januar anschickte, das von ihr geschnürte Entlastungspaket deutlich auszubauen, warnte sie: «Etliche Gemeinden haben bereits klargemacht, dass Mehrausgaben in diesem Umfang ein No-Go sind.» Es drohe ein Abstimmungskampf, in dem die Lehrerlöhne zum «Spaltpilz» würden. «Bei einem Nein stünden wir vor einem Scherbenhaufen.»

Wie wahrscheinlich dieses Szenario inzwischen geworden ist, machte nun der FDP-Kantonsrat Jörg Kündig (Gossau) deutlich, der dem Verband aller Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten vorsteht. Er sagt, dass 60 der 160 Zürcher Gemeinden das Referendum ergreifen wollen – damit es zustande kommt, wären nur deren 12 nötig.

Der SVP-Kantonsrat Stefan Schmid (Niederglatt) rechnete vor, dass die Vorlage in seiner Gemeinde höhere Kosten auslöse als für das gesamte Polizeiwesen. Und dass finanzschwache Gemeinden, die dieses Geld nicht anderswo einsparen könnten, die Steuern um drei oder vier Prozentpunkte erhöhen müssten.

Kündig wünschte daher seinen politischen Gegnern «viel Vergnügen», wenn sie sich einem Abstimmungskampf über Lehrerlöhne stellen wollten. Und Bourgeois erinnerte daran, dass das Einstiegsgehalt einer Lehrperson mit über 99 000 Franken weit über dem Zürcher Mittelwert liege – der Bevölkerung zu erklären, warum das nicht genug sei, werde interessant.

Ärger über das «Gejammer» und weitergehende Forderungen

Der EVP-Kantonsrat Markus Schaaf (Zell) erwiderte, man habe keine Angst vor dem Referendum. Das Jammern über die finanzielle Belastung der Gemeinden habe wenig mit der Realität zu tun: Diese seien in Bereichen wie dem Strassenbau oder dem Gesundheitswesen durch den Kanton stark entlastet worden – und hätten dies genutzt, um ihre Steuern zu senken.

Auch Karin Fehr Thoma von den Grünen, Stadträtin aus Uster, bezeichnete das «Gejammer» als «massiv übertrieben». Für einzelne

Gemeinden werde die Übung zwar anspruchsvoll, aber auf 2026 hin hätten deutlich mehr Gemeinden die Steuern gesenkt als erhöht.

Auch diesmal fiel die Abstimmung im Parlament mit 90 zu 87 Stimmen wieder knapp aus, erneut fehlten nur zwei Stimmen. Aber am Ende setzten sich jene durch, die wie die Primarlehrerin Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil) argumentieren, dass das Lehrpersonal unzählige Überstunden leiste, ohne dafür bezahlt zu werden. Oder die sogar wie Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) – auch sie eine Lehrerin – die Lösung von Mitte-links als «absolutes Minimum» bezeichneten.

Ähnlich tönte es am Montag auch von der Gewerkschaft VPOD, deren Forderungen noch viel weiter gehen. Was das Zürcher Parlament nun beschlossen habe, könne bloss ein erster Schritt sein – er sei zustande gekommen, weil man über Jahre beharrlich Druck gemacht habe. «Wir erwarten von den Gemeinden, dass sie sich zu ihrer Verantwortung bekennen – auch finanziell», sagt Sophie Blaser, eine führende Gewerkschafterin.

Ob sich diese fordernde Haltung auszahlt, wenn das Thema dereinst an die Urne kommt? Darauf ist man jetzt in beiden politischen Lagern gespannt.